

„Sachsen befindet sich am unteren Ende“

Neue OECD-Studie belegt: Die relative Armut in Deutschland nimmt zu – Ein Viertel der Kinder in Sachsen gilt mittlerweile als arm

Fastfood, ein neues T-Shirt oder ein Kinobesuch – davon kann Julia nur träumen. Ihre Mutter bezieht Hartz IV, ihr Vater ist Ein-Euro-Jobber. Durch das unzureichende Einkommen ihrer Eltern gehört Julia deshalb zu den 25 Prozent der Kinder unter 15 Jahren, die in Sachsen als arm gelten. Für Dr. Wolfgang Scherer, Professor für Sozialpolitik und Gemeinwesen an der Hochschule Mittweida, der als einer der führenden Köpfe in diesem Bereich in ganz Sachsen gilt, ist das eine „empörende Zahl: 25 Prozent sind ein Hammer!“.

Dass die steigende Kinderarmut auch auf ganz Deutschland zutrifft, bestätigt der am vergangenen Dienstag in Paris veröffentlichte Bericht der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). In ihrer Studie „Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?“ hat sie festgestellt, dass zwischen 2000 und 2005 die Einkommensunterschiede und die relative Armut in Deutschland stark zugenommen haben – stärker als in den meisten anderen OECD-Ländern. Und das, obwohl der Staat beispielsweise durch Hartz IV, Wohngeld oder Kindergeld schon seit Jahren versucht, dem entgegen zu wirken. Währendlich ist die Produktivität bei uns immer noch geringer als in Westdeutschland“, erklärt Professor Scherer. Zudem seien nur noch wenige Arbeitgeber überhaupt in Arbeitgeberverbänden und vereinbarten Tarifverträge. Die Folge sind viele marginale Beschäftigungen wie Ein-Euro-Jobs, 400-Euro-Jobs oder Teilzeitarbeit und somit geringe Einkommen. Eine solche Tarifsituation hat neben dem Wachstum der „unteren Mittelschicht“ für Scherer auch eine weitere Konsequenz: „Es werden noch mehr junge und gut ausgebildete Kräfte aus Sachsen wegziehen.“ Für ihn ist das ein klarer „Substanzverlust“ im Freistaat.

rend die Armutsquote bei den älteren Bürgern in fast allen OECD-Ländern gleich blieb, stieg vor allem in Deutschland die Kinderarmut: Im Zeitraum 1995 bis 2005 bundesweit von elf auf 16 Prozent. Aber auch die Einkommen werden immer ungleicher verteilt. Von 1995 bis 2005 stieg der Anteil derjenigen Haushalte ohne jegliches Erwerbseinkommen auf 19,4 Prozent – eine Entwicklung, die Scherer auch in Sachsen feststellen kann. Obwohl Sachsen im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern noch über das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner verfügt, ist „der Freistaat im gesamtdeutschen Vergleich am unteren Ende.“ Der Sachse verdient also nur 82 Prozent des deutschen Durchschnittslohnes. Allein im Jahr 2007 hätten laut Sächsischem Landesamt für Statistik 20,7 Prozent der Haushalte ein Nettoeinkommen bezogen, das sich unter der Armutsgrenze von 1.000 Euro befindet. Somit relativiert sich auch die Feststellung, dass das durchschnittliche Einkommen eines sächsischen Ein-Personen-Haushaltes mit 1.200 Euro rund 200 Euro über der Armutsgrenze liegt. „Der Stundenlohn wird bewusst weit unter dem deutschen Durchschnitt gehalten, an-

„Eine große Gefahr ist die durch Armut und Arbeitslosigkeit entstehende Perspektivlosigkeit“, warnt Scherer. „Den Jugendlichen muss eine sinnvolle Beschäftigung geboten werden, sie könnten beispielsweise in soziale Aufgaben für das Gemeinwohl integriert werden und einen festen Arbeitsvertrag mit einer anerkennenden Entlohnung bekommen.“ Dass die Armut auch im Industriestaat Deutschland steigt, ist längst keine Neuigkeit mehr. „Alleine das ist ja schon ein Skandal. Aber, dass die Politik dieses Thema nicht zu ihrem Schwerpunkt macht, ist ein weiterer“.

Lisa Moessing

